

Gabriela König MdL

Abgeordnete der FDP im Niedersächsischen Landtag
Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr



Gabriela König MdL, Gerberhof 10, 49074 Osnabrück



Kontakt:

FDP-Fraktion im Nds. Landtag
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 1
30159 Hannover
Telefon 0511 – 3030 - 3413
Telefax 0511 – 3030 - 4863
E-Mail: Gabriela.Koenig@lt.niedersachsen.de

Wahlkreisbüro Osnabrück
Telefon 0541 – 2027644
Telefax 0541 – 2026832
E-Mail: info@gabriela-koenig.de

a) Den Niedriglohnsektor zurückdrängen - Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen

und

b) Faire Arbeitsbedingungen schaffen - Leistungsbereitschaft der Gesellschaft honorieren

Rede vom 19. Juni 2013, 10. Sitzung, Tagesordnungspunkt 29
Abschließende Beratung

Den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu a) finden Sie in der Drucksache [17/28](#).

Den Antrag der Fraktion der CDU zu b) können Sie in der Drucksache [17/138](#) nachlesen, die Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr in der Drucksache [17/233](#).

Weitere Redner waren:

Ronald Schminke (SPD), Dirk Toepffer (CDU), Thomas Schremmer (GRÜNE) und Olaf Lies, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr.

Auszug aus dem Stenografischen Bericht der 17. Wahlperiode

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

[...] Das Wort hat Gabriela König von der FDP-Fraktion.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Toepffer, was Sie beschrieben haben, könnten wir durchaus mittragen - wenn man denn wüsste, dass es klappt. Aber dass es tatsächlich klappt, daran haben wir ganz starke Zweifel.

Richtig ist nämlich, dass der Mindestlohn fast nirgendwo mehr Berücksichtigung findet. Wir haben derzeit einen Jobmangel. Unser Problem sind nicht die Arbeitsplätze, sondern die Menschen, die die Arbeitsplätze besetzen sollen. Und hier beobachten wir genau das Gegenteil. Wir suchen und suchen, aber finden niemanden, der diesen Beschäftigungen nachgehen will. Da geht es überhaupt nicht mehr um die Lohnfindung und erst recht nicht um einen Mindestlohn, der unter 8,50 Euro liegt. Ein Mindestlohn spielt da überhaupt keine Rolle.

(Zuruf von Ronald Schminke [SPD])

Zukünftig werden die Lohnverhandlungen ganz anders aussehen. Zum Teil werden sie ja auch schon so praktiziert. Dabei geht es dann um Fragen wie: Wie stellt sich der Unternehmensstandort dar? Wie geht man mit Heimarbeit um? Wie lässt sich die Arbeitszeit flexibilisieren? Wie kann man die Kinderbetreuung mit einbeziehen? Gibt es eine Betriebsrente? - Das sind die Faktoren, die im Moment in der Diskussion stehen. Die Frage des Mindestlohns ist davon, mit Verlaub, weit entfernt. Da geht keiner mehr ran.

Gabriela König MdL, a) Den Niedriglohnsektor zurückdrängen - Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen und b) Faire Arbeitsbedingungen schaffen - Leistungsbereitschaft der Gesellschaft honorieren, Rede vom 19. Juni 2013, 10. Sitzung, Tagesordnungspunkt 29, Abschließende Beratung

(Ronald Schminke [SPD]: Wenn keiner rangeht, schadet es doch nichts!)

Und wenn ich mir dann jeden Tag anhören muss, was von der linken Seite z. B. zur Fleischindustrie gesagt wird - - -

(Zuruf von Ronald Schminke [SPD])

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Eine Sekunde, bitte, Frau König! - Herr Kollege Schminke, Sie hatten bereits das Wort. Ich möchte Sie bitten, sich zurückzuhalten. Zwischenrufe sind immer gut, aber ich glaube, jetzt reicht es auch. Ich bitte Sie, ein wenig mehr Zurückhaltung zu üben. - Vielen Dank.

Gabriela König (FDP):

Zu den Ausreißern, die Sie immer wieder anführen, kann ich nur sagen: Wir haben eine ganze Menge gesetzlicher Möglichkeiten, die wir da nutzen könnten, um diesen Betrieben Sanktionen aufzuerlegen, um diese Betriebe an die Kandare zu nehmen. Aber darüber wird nicht mit einem einzigen Wort gesprochen - egal, was es sein könnte: das Betriebsverfassungsgesetz, das Mindestarbeitsbedingungengesetz usw. Da gibt es eine Fülle von Materialien, die wir nutzen können, die jetzt im Gesetz verankert sind und die keiner wirklich vollzieht. Im Prinzip werden Dinge angewandt, die gar nicht interessieren.

Deswegen bin ich der Meinung, dass wir zuerst einmal dort anfangen müssen. Diese 8,50 Euro spielen bei wenigen Menschen überhaupt noch eine Rolle. Langzeitarbeitslose, die letztendlich über Minijobs und Aushilfsjobs in der Arbeitsfindung sind, sind kurzfristig in dieser Situation. Innerhalb eines Jahres sind sie aus dieser Maßnahme heraus, weil sie dann in ein vernünftiges Arbeitsverhältnis hineingewachsen sind und einen vernünftigen Lohn bekommen.

Wir sind die letzten, die gegen einen Mindestlohn sind. Aber der Mindestlohn darf nicht gesetzlich festgelegt werden.

Er ist branchenspezifisch unterschiedlich. Ich bin dagegen, Gleichmacherei in einem Bereich zu betreiben, in dem es keine Gleichmacherei geben darf. Dazu ist unsere Wirtschaft viel zu vielfältig und viel zu flexibel.

Wir sollten uns kein Beispiel an den Nachbarn nehmen, die eine hohe Jugendarbeitslosigkeit haben. Letztendlich leiden gerade die Jugendlichen am meisten darunter. Die Dinge, die wir beim Betriebsverfassungsgesetz und in allen möglichen anderen Bereichen angehen können, sollten wir als Erstes in Angriff nehmen. Daran sollten wir arbeiten. Dann haben wir einen vernünftigen Arbeitsmarkt und keine Dumpinglöhne.

Wir sollten auf jeden Fall darauf achten, dass die Branchen einigermaßen klarkommen. Ich bin der Meinung, das schaffen wir. Das müssen wir nicht politisch festlegen.

(Beifall bei der FDP)

[...]

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

Vielen Dank. - Die FDP-Fraktion hat ebenfalls zusätzliche Redezeit beantragt. Sie haben 1,5 Minuten, Frau König.

Gabriela König (FDP):

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich brauche gar nicht so viel Zeit. Aber eines möchte ich hier doch klarstellen: Es wird immer davon ausgegangen, dass soundso viele Leute im Niedriglohnbereich verharren und da gar nicht herauskommen. Wir haben die Arbeitslosenzahl unglaublich heruntergebrochen, auf weniger als die Hälfte. Dass diese Menschen im Arbeitsleben erst einmal Fuß fassen müssen und nicht gleich zu hohen Löhnen eingestellt werden, das ist doch eine ganz normale Situation.

(Unruhe bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Wenn ich mir dann noch überlege, dass gerade diese Leute durch dieses Tal eigentlich nur hindurchlaufen, um dann irgendwann später in einem höheren Lohnbereich beschäftigt zu werden, dann finde ich es nicht in Ordnung, dass Sie sagen: Die verharren wer weiß wie lange im Lohnbereich unter 8,50 Euro. - Nein, das ist nicht der Fall.

Gabriela König MdL, a) Den Niedriglohnsektor zurückdrängen - Initiative zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen und b) Faire Arbeitsbedingungen schaffen - Leistungsbereitschaft der Gesellschaft honorieren, Rede vom 19. Juni 2013, 10. Sitzung, Tagesordnungspunkt 29, Abschließende Beratung

Wir haben im Prinzip dafür gesorgt, dass die Arbeitslosigkeit abgebaut wurde und dass wir ganz viele neue sozialversicherungspflichtig Beschäftigte haben.

(Unruhe bei der SPD)

Ich bin nicht der Meinung, dass wir das einfach aufs Spiel setzen sollten. Wir sollten nicht dazu zurückkehren, dass bestimmte Branchen weniger einstellen, als sie eigentlich könnten.

(Beifall bei der FDP)

Am Ende der Beratung erfolgte ein Beschluss

Vizepräsident Karl-Heinz Klare:

[...] Damit sind wir am Ende der Beratung. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Abstimmung zu Nr. 1 der Beschlussempfehlung: Wer der Nr. 1 der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen in der Drucksache 17/28 unverändert annehmen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Das Erste war die Mehrheit.

Abstimmung zu Nr. 2 der Beschlussempfehlung: Wer der Nr. 2 der Beschlussempfehlung des Ausschusses folgen und damit den Antrag der Fraktion der CDU in der Drucksache 17/138 ablehnen will, den bitte ich jetzt um ein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Der Antrag ist abgelehnt.